



# Sex nur mit Ausweis

**Gewerbe** Im Rotlichtmilieu kritisieren viele das neue Prostitutionsgesetz. Es sehe zu viele Kontrollen vor

Ulrike Baureithel

Ich war neugierig und hatte keine Lust, mich als studentische Hilfskraft ausbeuten zu lassen. Zuvor hatte ich kurz in der Gastronomie gearbeitet, das war schlimm. Meine Familie übte ziemlich den Druck auf mich aus, etwas neben meinem Studium dazuverdienen. Dann gehe ich eben anschaffen, dachte ich. Marlen ist Mitte zwanzig und Sexarbeiterin. In der Hurenbewegung engagiert sie sich schon länger, sie kämpft für bessere Arbeitsbedingungen in ihrem Beruf.

Wie für viele ihrer Mitstreiterinnen gehört Sexarbeit für sie in den Bereich der Care-Arbeit. Die Dienstleistung, die Sexworker für ihre Kundschaft verrichten, sei ebenso wichtig wie die einer Erzieherin oder einer Krankenschwester, argumentieren sie. Deshalb empfinden sie das von der damaligen Familienministerin Manuela Schwesig im vergangenen Jahr noch auf den Weg gebrachte, lange verhandelte Prostitutionschutzgesetz als Hohn: „Das Gesetz schützt Sexarbeiterinnen nicht, sondern kontrolliert und bevormundet sie“, erklärt Stefanie Klee von der Kampagne „Sexarbeit ist Arbeit. Respekt!“.

Die Kampagne wurde anlässlich des Hurentags am 2. Juni und vor Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Juli gestartet. Sie wird nicht nur von den Betroffenen selbst getragen, sondern auch von Beratungsstellen, Sozialarbeiterinnen und Juristinnen, die dem Gesetz kritisch gegenüberstehen.

## Paternalistischer Impetus

Umstritten war das neue Gesetz von Anfang an. Denn im Unterschied zu der von den Grünen forcierten Liberalisierung der Prostitution in den 90er Jahren hat sich die gesellschaftliche Atmosphäre unter dem Eindruck von Menschenhandel verändert. Es geht nicht mehr um die Legalisierung von Prostitution durch geregelte Arbeitsverträge und Arbeitsschutzrechte, sondern um die Verhinderung ihrer negativen Erscheinungen und um die Herstellung eines „sauberen Rotlichts“. Der paternalistische Impetus, der dem Prostitutionschutzgesetz nun eingeschrieben ist, trifft aber auch die große Mehrheit derjenigen, die dieser Tätigkeit selbstbewusst und selbstbestimmt nachgehen.

Ausgangspunkt der Kritik sind die neuen Kontrollmaßnahmen. Ab Juli müssen sich Sexworker ausnahmslos amtlich registrieren. Das gilt auch für diejenigen, die im Rahmen von Escort-Diensten arbeiten. Mit der Anmeldung sind eine verpflichtende Gesundheitsuntersuchung und eine intensive Beratung, die auch die Lebensumstände der Betroffenen beinhaltet, verbunden. Die zuständige Behörde – je nach Bundesland wahrscheinlich im Umfeld der Gewerbe- oder Ordnungsämter – prüft die Personalien und entscheidet, ob ein entsprechender Ausweis ausgestellt wird.

Diesen Ausweis müssen die Sexworkerinnen dann immer bei sich tragen. Wer nicht angemeldet erwischt wird oder den Ausweis nicht bei sich trägt, dem droht ein Bußgeld. Die Meldedaten werden auf einer gesonderten Datenbank gespeichert, auf die Ordnungsämter, die Polizei, aber auch die Finanzbehörden Zugriff haben.

Die Strafressourcen Margarete von Galen ist davon überzeugt, dass das Prostitutionsgesetz nicht zu mehr Schutz, sondern zur Verschlechterung der Lage der Prostituierten führt. Schon die zwangsweise Gesundheitsberatung, aber auch die Pflicht, Auskunft über den in den nächsten zwei Jahren anvisierten Arbeitsort zu geben, widerspreche EU-Recht, insbesondere der EU-Dienstleistungsrichtlinie, die ein Grundrecht auf freie Berufsausübung garantiert und Gewerbeanmeldungen auch online erlaubt. Die Prostituierten haben sich dagegen persönlich vorzustellen.

Wenn die Ordnungsämter innerhalb der Fünf-Tage-Frist nicht reagieren, laufen die Prostituierten Gefahr, eine Ordnungswidrigkeit zu begehen, wenn sie ihren Beruf ausüben.

Auch einschlägig im Milieu tätige Sozialarbeiterinnen beobachten die Entwicklung kritisch. Astrid Gaab, Leiterin einer Fachberatungsstelle in Bochum, fürchtet, dass die Einführung einer Zwangsberatung den Zugang zu freiwilliger Beratung erschwert. „Frauen kommen in allen möglichen Rollen zur Beratung – als selbstbewusste Huren, als Aussteigerinnen, als Angehörige, als fremdbestimmte Opfer. Wenn sie nur noch als ‚defizitär‘ wahrgenommen werden, nehmen sie unsere Angebote nicht mehr wahr, tauchen unter.“

## Sexarbeiter nur als Opfer zu sehen – dagegen begehren viele Frauen auf

Marlen, die sich viel mit der internationalen Prostitutionsbewegung befasst hat, erzählt von einem ganz anderen Modell, das beispielsweise in Indien praktiziert wird. Dort informieren sich Sexarbeiterinnen gegenseitig über ihre Rechte und klären sich und die Gesellschaft über Safer Sex auf. Sie wehren sich gegen Polizeigewalt und bekämpfen den Menschenhandel in ihren Rotlichtvierteln. Im Rahmen dieser Peer Education entwickeln sie neues Selbstbewusstsein.

Diese Art von Selbstbewusstsein wolle man, so die Kritik der Kampagne, den Huren hierzulande aber gerade austreiben. Natürlich gebe es wie in vielen anderen Berufen auch in der Prostitution Zwang und Ausbeutung, meint Kathrin Schrader, die in Frankfurt lehrt und eine entschiedene Kritikerin der „selbsternannten Befreierinnen“ ist. Die einseitige Fokussierung auf diese Gruppe von Prostituierten hält sie für falsch.

„In der Ausbildung von Sozialarbeiterinnen kommen Sexarbeiterinnen bestenfalls als Opfer vor, schlimmstenfalls werden sie kriminalisiert oder pathologisiert. Dass Sexarbeit zum großen Bereich der Care-Arbeit gehört, unterliegt immer noch einem moralischen Denkverbot“, sagt Schrader.

Anwältin von Galen macht sich nach Inkrafttreten des Gesetzes aber gerade um diese Frauen Sorgen. „Was passiert mit denen, die keine Anmeldung erhalten? Wie reagieren die, die man gemeinhin als Zuhälter bezeichnet?“ Ihre Mitstreiterin Do Lindenberg, die seit vielen Jahren antirassistische Politik aus feministischer Perspektive macht, wird hellhörig, wenn sie von Gesetzen hört, bei denen Frauen „unter Zwang“ geschätzt werden sollen: „Egal, ob es um so genannte Zwangsheiraten oder um vermeintliche Zwangsprostitution geht, seit langem dient die Darstellung von Migrantinnen als Opfer der Inszenierung staatlicher Kontrolle als Schutzmaßnahme. Unter dem Vorwand, Scheinehen und damit Zwangsprostitution zu verhindern, wurde beispielsweise die Zeit verlängert, die ein Paar mindestens zusammenleben muss, damit die nichtdeutsche Ehepartnerin ein eigenständiges Aufenthaltsrecht erhält.“

Dass Zwangsprostituierte vorgeschoben werden, um das gesamte Milieu unter Kontrolle zu bringen, vermutet auch die ehemalige Sexarbeiterin Elke Winkelmann, die heute im Wedding das „Freudenhaus Hase“ betreibt. In all den Jahren, sagt sie, hätten



viele Frauen ihre Dienstleistungen bei ihr angeboten. Sie könne sich aber nur an zwei Frauen erinnern, die Probleme mit ihrem Lebensgefährten beziehungsweise Zuhälter gehabt hätten. „Im einen Fall konnten wir etwas unternehmen.“ Im anderen sei die Frau bei ihrem Mann geblieben und hätte nicht mehr bei ihr gearbeitet. Winkelmann ist überzeugt: „Dieses Gesetz schützt die Frauen nicht.“ Und sie ärgert sich darüber, dass die Situation der Bordellbesitzer überhaupt nie in den Blick genommen wird, die auch von den neuen Richtlinien und Kontrollmaßnahmen betroffen sind. „Viele Bordelle werden schließen müssen, weil sie Auflagen nicht erfüllen können. Wo gehen die Frauen dann hin? Man sollte sie vielmehr darin bestärken, selbstbestimmt zu arbeiten.“

## Stigmatisiert als Nutte

Marlen verbindet mit ihrer gegenwärtigen Tätigkeit vorerst noch eine Lebensperspektive. „Ich will das nicht Vollzeit machen. Aber ich möchte überhaupt nicht Vollzeit arbeiten.“ Was sie belaste, sei die Stigmatisierung, die ihre Eltern, die in einer ländlichen Gegend leben, aushalten müssten. „Ich habe meinen Eltern erzählt, was ich mache. Sie haben mich gebeten, es nicht weiterzuerzählen. Aber dann wurde ich zwangsgeoutet.“

Ihre Mutter arbeite im öffentlichen Dienst und müsse sich seitdem von ihrem Vorgesetzten blöde Sprüche anhören, erzählt Marlen. „Auch mein Bruder leidet stark darunter. In der Disco bekommt er beispielsweise zu hören, er sei doch der Bruder einer Nutte, keine will mit ihm zu tun haben. Jedes Mal, wenn ich nach Hause

komme, fängt meine Mutter an, ob ich das noch immer mache, ob ich mir nichts anderes suchen könne.“

Die von Marlen initiierte Kampagne wendet sich deshalb nicht nur gegen das neue Gesetz, sondern sie will vor allem auch dazu beitragen, ein neues Verständnis von Sexarbeit in die Gesellschaft zu tragen.

## Männersache Frauensache

## Hello, Mr. President, so sieht Gay Pride im Weißen Haus aus

Es wirkt zunächst wie eine Fotomontage: Donald Trump sitzt breit grinsend hinter seinem Schreibtisch im Oval Office, rechts neben ihm steht professionell lächelnd Melania im dunkelblauen Kostüm. So weit, so – nun ja – mittlerweile vertraut. Aber links neben Trump steht ein junger Mann in dunklem Anzug, mit Nasering und dicker silberner Halskette über dem Hemdkragen. An seine Brust ist die Aids-Schleife in Regenbogenfarben gepinnt und in seiner rechten Hand hält er lässig einen Fächer aus schwarzer Spitze. So sieht Gay Pride aus!

Der junge Mann heißt Nikos Giannopoulos und lebt offen schwul. Das ist schwer zu übersehen. Ins Weiße Haus ist er gekommen, weil er als „Lehrer des Jahres“ ausgezeichnet wurde. Nach dem Termin im Oval Office im April postete Giannopoulos das Bild nun fröhlich bei Facebook. Damit ging ein Foto viral, in dem Donald Trump unfreiwillig Gesicht zeigt – für die LGBTQ-Community.

Es ist derselbe Trump, der die LGBTQ-Community von der Webseite des Weißen Hauses verbannte. Mit Giannopoulos kommt ein stolzer Vertreter derselben durch den Haupteingang wieder rein. Mit dem Fächer wollte er die Freude an Gender Diversity feiern, erzählte er der *Huffington Post*. Eigentlich gehörte das Accessoire seinem Lebensgefährten. Die Anstecknadel habe er getragen, um seine Dankbarkeit der Community gegenüber auszudrücken, die ihn geliebt habe, stolz für seine Sexualität einzutreten: „Auch dann, wenn die Umstände das erschweren.“

Und die Umstände in den USA werden immer schwieriger. Mitglieder der LGBTQ-Community haben gerade erst wieder kritisiert, dass die Trump-Regierung ihre Rechte im Bildungssektor eingeschränkt hat. Giannopoulos ist aber ein Beispiel dafür, dass ein Präsident zwar erschreckend schnell die Rechte von Minderheiten schwächen kann. Aber er kann einen jahrzehntelangen Kampf um Gleichberechtigung nicht einfach zurückdrehen. Zu dem Bild schreibt Giannopoulos nachträglich: „Der Rhode-Island-Lehrer des Jahres 2017 trifft den 45. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika. Das ist alles.“ Es folgen drei Regenbogen-Emojis.

Mitglieder der LGBTQ-Community sind in allen Berufen vertreten. Und sie machen dort einen guten Job. Das war schon immer so. Aber inzwischen erkennt die Öffentlichkeit das auch an. Und das bleibt so. Die Möglichkeiten des Präsidenten seien beschränkt, hieß es zur Beruhigung nach Trumps Wahl. Dass der Satz zum Glück nicht ganz falsch ist, beweist dieser Lehrer aus Rhode Island.

Marlene Brey

ANZEIGE



## Gipfel für globale Solidarität

5. + 6. Juli in Hamburg  
Kampnagel

11 Podien + 70 Workshops mit vielen internationalen Gästen  
Infos unter: [solidarity-summit.org](http://solidarity-summit.org)

Gefördert durch die Norddeutsche Stiftung für Umwelt und Entwicklung (NUE)



Die Alternative zum Gipfel der selbsternannten G20